

Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 60. und 61. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 21. Juni und Freitag, dem 22. Juni 2018

1. Abgeordnete

**Dr. Tanja Machalet und
Jaqueline Rauschkolb
(SPD)**

Drei Jahre Welcome Center in Rheinland-Pfalz

Laut aktueller Presseberichterstattung sind die Welcome Center in Rheinland-Pfalz für Unternehmen seit drei Jahren erste Anlaufstelle bei der Gewinnung internationaler Fachkräfte. Das Arbeitsministerium und die rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern (IHKs) haben nun eine Zwischenbilanz gezogen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Bedeutung hat nach Einschätzung der Landesregierung die Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland für Rheinland-Pfalz?
2. Welche Rolle erfüllen die Welcome Center und mit welchen Partnerinnen und Partnern werden sie umgesetzt?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die bisherige Arbeit der Welcome Center?

2. Abgeordnete

**Anke Beilstein und
Thomas Barth (CDU)**

Schulsozialarbeit in Rheinland-Pfalz

Die Arbeitsgemeinschaft der Schulelternbeiräte aus Mainz und Umgebung (ARGE-SEB) bemängelte mit ihrem Schreiben vom 13. Juni 2018 die von der Landesregierung bereitgestellten unzureichenden Mittel für Sozialarbeiter, multiprofessionelle Teams und psychologischer Betreuung an Schulen in Rheinland-Pfalz.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Folgerungen bzw. Handlungsaufträge ergeben sich für die Landesregierung aus dem Schreiben der Schulelternbeiräte?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Zweifel der ARGE-SEB, dass der Personalbestand von Sozialarbeitern an Schulen in Rheinland-Pfalz weiterhin unzureichend ist?
3. Hält die Landesregierung die derzeitig zur Verfügung gestellten Mittel für Schulsozialarbeit, zur psychologischen Betreuung sowie für die verstärkte Betreuung von geflüchteten Kindern noch für ausreichend?
4. Inwieweit berücksichtigt die Landesregierung hinsichtlich der Zuteilung von Lehrerwochenstunden und Zuschüssen für Schulsozialarbeit noch Sozialstruktur der Schülerschaft?

3. Abgeordnete

Joachim Paul,
Martin Louis Schmidt,
Uwe Junge und
Iris Nieland (AfD)

Linksextremes Haus Mainusch

Die Betreiber des linksextremen Haus Mainusch gaben bekannt, dass die Duldung des „Hauses“ bis zum 30. November 2018 verlängert wurde. Ursprünglich war eine Nutzung bis zum 30. Juni 2018 genehmigt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wer ist dafür verantwortlich, dass die Duldung bis Ende November verlängert wurde?
2. Aus welchen Gründen wurde die Verlängerung genehmigt?
3. Zu welchen Konditionen wurde die Duldung verlängert und wie hoch ist der an den LBB zu entrichtende Mietzins?
4. Wird ausgeschlossen, dass eine weitere Duldung über den 30. November 2018 genehmigt wird?

4. Abgeordnete

Steven Wink und
Marco Weber (FDP)

Abladeoptimierung für die Binnenschifffahrt am Mittelrhein

In einer gemeinsamen Resolution haben die Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen die Bundesregierung Ende Mai 2018 dazu aufgefordert, die zugesagten Vorhaben in Bezug auf die Abladeoptimierung am Mittelrhein zügig umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen hält die Landesregierung die Abladeoptimierung für die Binnenschifffahrt am Mittelrhein zwischen Mainz und St. Goar für notwendig?
2. Welchen Inhalt hat die von Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den Ländern Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg verabschiedete Resolution?
3. Aus welchen Gründen ist diese Resolution aus Sicht der Landesregierung notwendig?
4. Welchen Stellenwert nimmt die Binnenschifffahrt in der rheinland-pfälzischen bzw. der europäischen Transportkette ein?

5. Abgeordnete

Jutta Blatzheim-Roegler
und Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Multimodale Angebote für den Radverkehr in Rheinland-Pfalz

Das Mobilitätsverhalten der Menschen ändert sich. Immer mehr Menschen nutzen das Rad, wenn es darum geht, zur Arbeit zu pendeln, Einkäufe zu erledigen oder einfach nur einen Ausflug am Wochenende zu unternehmen. Und immer mehr Menschen nutzen nicht mehr nur ein Verkehrsmittel, sondern fahren mit dem Rad zum Bus und nutzen das Rad von der Bahn nach Hause. Abgesehen von den gesundheitlichen Vorteilen bietet das Fahrrad die Chance auf weniger Lärm und weniger Immissionen und kann damit eine wichtige Rolle spielen bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Verbesserung der Luftqualität. Voraussetzung ist die Schaffung einer den Fahrradverkehr fördernden Infrastruktur.

Mit der Einführung des Weltfahrradtags am 3. Juni durch die Vereinten Nationen soll das Bewusstsein über die ökologischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Vorteile der Fahrradnutzung geschärft werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie gestalten sich nach Kenntnisstand der Landesregierung die aktuellen Angebote zur Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln in Rheinland-Pfalz?
2. Wie bewertet die Landesregierung diese Angebote?
3. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Angebote des multimodalen Verkehrs insbesondere für die Fahrradnutzung in Rheinland-Pfalz zu verbessern?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Aufwertung von Knotenpunkten im ÖPNV zu Mobilitätspunkten, an denen ÖPNV, SPNV, Fahrrad-, Car- und Bikesharing sowie der Motorisierte Individualverkehr (MIV) miteinander verknüpft werden, sodass der gegenseitige Umstieg zwischen den Verkehrsträgern vereinfacht wird?

6. Abgeordnete
Marion Schneid und
Gerd Schreiner (CDU)

Verantwortlichkeit der Landesregierung für die anhaltende wirtschaftliche Schieflage der Universitätsmedizin Mainz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen im Rahmen ihrer eigenen Verantwortung und im Rahmen des Doppelhaushaltes 2019/2020 plant die Landesregierung, um der anhaltenden wirtschaftlichen Schieflage der Universitätsmedizin Mainz mit ihrem Fehlbetrag von 26 Mio. Euro in 2016 und 33 Mio. Euro in 2017 nachhaltig entgegenzuwirken?
2. Wird die Landesregierung im Rahmen ihrer eigenen Verantwortung und im Rahmen des Doppelhaushaltes 2019/2020 zusätzliche Mittel für Forschung und Lehre an der Universitätsmedizin Mainz zur Verfügung stellen?
3. Wird die Landesregierung im Rahmen ihrer eigenen Verantwortung und im Rahmen des Doppelhaushaltes 2019/2020 zusätzliche Mittel für Baumaßnahmen der Universitätsmedizin Mainz zur Verfügung stellen und ggf. auf Grundlage welchen baulichen Masterplans für die kommenden Jahrzehnte?
4. Welche Maßnahmen zur dauerhaften Entschuldung der Universitätsmedizin plant die Landesregierung – beispielsweise nach Vorbild des Landes Hessen, das der Universitätsklinikum Frankfurt am Main AöR und für das Orthopädische Universitätsklinikum Friedrichsheim gGmbH Sanierungszuschüsse von zusammen 15 Mio. Euro jährlich gewährt?

7. Abgeordnete
Bettina Brück,
Astrid Schmitt und
Giorgina Kazungu-Haß
(SPD)

Ferienbetreuung

In Kürze beginnen in Rheinland-Pfalz die Sommerferien. Neben den freiwilligen Angeboten sind durch die Regelungen des SGB VIII die Jugendämter im Land verpflichtet, ein bedarfsgerechtes Ferienbetreuungsangebot zur Verfügung zu stellen. Hierzu ist im Koalitionsvertrag festgehalten, dass die Ferienbetreuungsangebote für Schulkinder insbesondere in den Sommerferien „deutlich ausgeweitet“ werden sollen. Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung ihr neues Förderverfahren fortsetzen.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hat sich nach Einschätzung der Landesregierung die Umstellung auf das neue Förderverfahren bewährt?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, wie sich die Ferienbetreuungsmaßnahmen in 2018 entwickeln werden?
3. Welche Rückmeldungen liegen der Landesregierung darüber vor, wie das neue Verfahren von den Beteiligten aufgenommen wurde?
4. Plant die Landesregierung die Unterstützung der Familien durch das Ferienbetreuungsangebot in den kommenden Jahren aufrechtzuerhalten?

8. Abgeordnete
Joachim Paul und
Michael Frisch (AfD)

Entwicklung von IGS und Realschule^{plus}

Die Ausgabe Nr. 5/2018 „Statistische Monatshefte“ des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz enthält eine Übersicht zur Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen von 2007/2008 bis 2017/2018 (G3, S. 325). Diese Übersicht zeigt einen enormen Anstieg bei den IGS (plus 184 Prozent in der Sekundarstufe II) und einen kontinuierlichen Rückgang bei den Realschulen^{plus} (minus 39 Prozent). Diese Zahlen sind aufgrund des bevorstehenden Schuljahreswechsels von Bedeutung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist die Verteilung der Schulabschlüsse an den IGS in den Jahren 2008 und 2017 (bitte aufschlüsseln pro Jahr in prozentualen Angaben)?
2. Wie ist die Verteilung der Schüler an den Realschulen^{plus} in den Jahren 2008 und 2017 (bitte differenzieren nach Kooperativer und Integrativer Realschule und aufschlüsseln pro Jahr in prozentualen Angaben)?
3. Wie ist die Verteilung der Schulabschlüsse an den Realschulen^{plus} in den Jahren 2008 und 2017 (bitte differenzieren nach Kooperativer und Integrativer Realschule und aufschlüsseln pro Jahr in prozentualen Angaben)?
4. Wie viele Schüler verließen die Realschule^{plus} in den Jahren 2008 und 2017 ohne Schulabschluss (bitte differenzieren nach Kooperativer und Integrativer Realschule und aufschlüsseln pro Jahr in absoluten und prozentualen Angaben)?

9. Abgeordnete

**Steven Wink und
Cornelia Willius-Senzer**
(FDP)

Initiative „We move it“

Am 25. Mai 2018 hat der rheinland-pfälzische Verkehrsminister Dr. Volker Wissing die Initiative „We move it“ öffentlich vorgestellt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Bedeutung hat die Fahrzeugindustrie für Rheinland-Pfalz, insbesondere auch hinsichtlich ihrer Beschäftigungsfunktion?
2. Wie schätzt die Landesregierung die wirtschaftliche Dynamik im Bereich der Fahrzeugindustrie ein?
3. Welche Zielsetzungen verfolgt die Landesregierung mit der Initiative „We move it“?
4. Welche konkreten Angebote bietet „We move it“?

10. Abgeordnete

**Andreas Hartenfels und
Jutta Blatzheim-Roegler**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hochwasservorsorge in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz war in den vergangenen Wochen erneut von heftigen Unwettern betroffen, die in einigen Orten für extreme Überschwemmungen sorgten und zu schweren Beschädigungen – bis zur Zerstörung – an Häusern, Wohnungen sowie der Infrastruktur führten. Wie wichtig vor diesem Hintergrund die Vorsorge ist, zeigen Maßnahmen aus der Vergangenheit: Zwar lassen sich extreme Wetterlagen und Hochwasser nicht verhindern, jedoch kann dafür gesorgt werden, dass das Wasser in solchen Fällen weniger Schäden anrichtet. Die Landesregierung hat in der Vergangenheit bereits gezeigt, dass sie sich der Tragweite bewusst ist und die Kommunen bei der Vorsorge unterstützt. Beispielsweise werden die Kosten für kommunale Hochwasserschutzkonzepte seit 2013 zu 90 Prozent vom Land übernommen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung in der Vergangenheit bereits unternommen, um den Schutz vor Hochwassergefahren zu stärken?
2. Inwieweit konnte bislang mit der Aktion Blau Plus, beispielsweise durch Renaturierung, für einen effizienten Wasserrückhalt in Auen und Gewässern gesorgt werden?
3. Wie viele kommunale Hochwasserschutzkonzepte wurden bereits durch das Land gefördert?
4. Welche Bilanz zieht die Landesregierung aus den Angeboten und der Nachfrage nach Elementarschadenversicherungen?

11. Abgeordnete

**Matthias Lammert
und Adolf Kessel** (CDU)

Landeseigene Abschiebeflüge

Die Landesregierung hat die Organisation eigener Abschiebeflüge abgelehnt (SWR, 6. Juni 2018).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Plätze hat die Landesregierung in den vergangenen zwölf Monaten differenziert nach Zielländern in den einzelnen Abschiebeflügen des Bundes belegt?
2. Wie viele ausreisepflichtige Asylsuchende außereuropäischer Herkunftsländer – differenziert nach Herkunftsländern – leben aktuell in Rheinland-Pfalz?
3. Mit welcher Zahl an notwendigen Plätzen in Abschiebeflügen plant die Landesregierung für die zweite Jahreshälfte?
4. Teilt die Landesregierung die Position, dass Abschiebeflüge in Verantwortung des Landes die Organisation der Rückführung für Rheinland-Pfalz vereinfachen würde, da so besser auf das Gesamtverfahren Rücksicht genommen werden kann?

12. Abgeordnete**Bettina Brück,
Giorgina Kazungu-Haß
und Johannes Klomann
(SPD)****Das Deutsche Sprachdiplom der Stufe I – Inland in Rheinland-Pfalz**

Einer Pressemitteilung des Ministeriums für Bildung vom 12. Juni 2018 ist zu entnehmen, dass seit diesem Schuljahr das Bundesland Rheinland-Pfalz an dem Zertifizierungsprogramm des Deutschen Sprachdiploms der Stufe I im Inland teilnimmt und Ministerin Dr. Hubig am 11. Juni 2018 60 Schülerinnen und Schülern der allgemeinbildenden Schulen das Deutsche Sprachdiplom überreicht hat.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Gründe haben für eine Teilnahme Rheinland-Pfalz an diesem Programm gesprochen?
2. Wie sind die Prüfungen des Deutschen Sprachdiploms konzipiert?
3. Wie viele Schülerinnen und Schüler haben in Rheinland-Pfalz an den Zertifizierungsprüfungen des Deutschen Sprachdiploms der Stufe I im Inland erfolgreich teilgenommen?
4. Wie wird das Programm weitergeführt?

13. Abgeordnete**Gabriele Wieland und
Marion Schneid (CDU)****DGB Ausbildungsreport Rheinland-Pfalz 2017**

Aus den im Frühjahr 2018 veröffentlichten Ergebnissen des DGB Ausbildungsreports Rheinland-Pfalz 2017 geht hervor, dass es in Rheinland-Pfalz 73 600 junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren gibt, die keine Ausbildung haben und sich derzeit auch in keinerlei Bildungsgang befinden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass derzeit mehr als jeder sechste junge Mensch in Rheinland-Pfalz zwischen 20 und 29 Jahren keine Ausbildung hat und sich derzeit auch in keinerlei Bildungsgang befindet?
2. In welchem Berufszweig herrscht in Rheinland-Pfalz der größte Mangel an Auszubildenden?
3. Wie viele Auszubildende fehlen in Rheinland-Pfalz in den jeweiligen Berufsgruppen?
4. Mit welchen konkreten Maßnahmen steuert die Landesregierung diesem negativen Trend entgegen?

14. Abgeordneter**Dr. Helmut Martin
(CDU)****Unbemerkte Installation technischer Vorrichtungen in Wohnungen zur Durchführung einer Quellen-TKÜ**

Der rheinland-pfälzische Minister der Justiz hat gemeinsam mit Bayern, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Justizministerkonferenz einen Vorschlag unterbreitet, wonach Polizisten unbemerkt in Wohnungen eindringen können sollen, um sogenannte „Staatstrojaner“ auf Computern zu installieren.

Ich frage die Landesregierung:

1. Unterstützt die gesamte Landesregierung diese Initiative?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Wenn ja, welche Schritte zur Umsetzung werden von der Landesregierung zu welchem Zeitpunkt eingeleitet?

15. Abgeordneter
Daniel Köbler
 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wohnraummangel in rheinland-pfälzischen Städten – Übergabe der Liegenschaften der Bundeswehr an Kommunen

Wohnen ist ein soziales Gut, es ist für die Lebensqualität und die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen von elementarer Bedeutung. Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum in vielen Städten des Landes ist kaum zu bewältigen. Land und Kommunen versuchen mit verschiedensten Maßnahmen und Förderprogrammen die Situation zu lindern z. B. auch über den Umbau von Konversionsflächen. So sollten die GFZ-Kasernen in Mainz eigentlich ab dem Jahr 2019 vom Besitz der Bundeswehr an die Stadt Mainz übergehen, mit dem Ziel schnellstmöglich 500 Wohneinheiten zu schaffen. Die Bundeswehr hat nun angekündigt diese Kasernen erst 2022 freizugeben. Auch die Stadt Koblenz rechnete mit der Übergabe einiger Liegenschaften der Bundeswehr. In einem Schreiben Ende Mai 2018 verkündete die Bundeswehr jedoch auch die Aufhebung der Schließungszeitpunkte der Koblenzer Kasernen. Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um bezahlbares Wohnen in Rheinland-Pfalz zu fördern?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Verzögerung der Freigabe der GFZ-Kasernen vor dem Hintergrund des angespannten Wohnungsmarktes der Stadt Mainz und der bereits angestoßenen Prozesse über den Umgang mit den Konversionsflächen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Rücknahme der Freigabe der Kasernen in Koblenz vor dem Hintergrund des angespannten Wohnungsmarktes der Stadt Koblenz und der bereits angestoßenen Prozesse über den Umgang mit den Konversionsflächen?
4. Sind der Landesregierung weitere Fälle in Rheinland-Pfalz bekannt, bei denen die Bundeswehr bereit war, ihre Immobilien an eine Kommune abzugeben und dieses Angebot zurückgezogen hat?

16. Abgeordnete
Dr. Peter Enders und
Dr. Christoph Gensch
 (CDU)

Vorbereitendes Gutachten für den neuen Landeskrankenhausplan

In der Plenarsitzung vom 14. Dezember 2017 hat Frau Staatsministerin Bätzing-Lichtenthäler den Abschluss des vorbereitenden Gutachtens für den neuen Krankenhausplan für Ende Mai 2018 angekündigt. Ähnlich hat sie sich im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Demografie am 8. März 2018 eingelassen. Die von der Landesregierung aufgestellten Anforderungen an den Gutachter sehen einen Abschluss des Gutachtens bis Ende Mai 2018 vor.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum wurde das vorbereitende Gutachten für den neuen Landeskrankenhausplan nicht unmittelbar nach dem 31. Mai 2018 dem Landtag vorgelegt, nachdem die Fertigstellung des Gutachtens für diesen Zeitpunkt angekündigt worden ist?
2. Hält die Landesregierung an ihrem Zeitplan fest, bis Ende des Jahres 2018 den neuen Landeskrankenhausplan zu erstellen?
3. Welches Beteiligungsverfahren ist in diesem Zusammenhang insbesondere vorgesehen?
4. Welche Ergebnisse hat die bisherige Beteiligung während der Vorbereitungsphase des Gutachtens in den Regionen erbracht?

17. Abgeordneter
Daniel Köbler
 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abbau von Arbeitsplätzen bei Opel

Management und Betriebsrat von Opel haben ein Eckpunktepapier zur Sanierung des Autoherstellers unterzeichnet. Dieses sieht vor, dass insgesamt 3 700 Stellen in Deutschland, davon rund 3 000 am Stammsitz Rüsselsheim, abgebaut werden. Aufgrund der Nähe zu Rheinland-Pfalz sind davon auch viele rheinland-pfälzische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Vereinbarung zwischen Management und Betriebsrat zur Sanierung von Opel?
2. Wie wird der vereinbarte Stellenabbau umgesetzt?
3. Inwieweit ist das Entwicklungszentrum von dem Stellenabbau betroffen?
4. Wie wirkt sich der deutliche Abbau von Arbeitsplätzen in Rüsselsheim auf die umliegende Region, insbesondere in Rheinland-Pfalz, aus?

18. Abgeordnete**Gabriele Wieland und
Thomas Weiner (CDU)****Landesgesetz über lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte**

Wie der Presse zu entnehmen war (AZ, 17. Mai 2018, „Aufwertung steckt in der Sackgasse – Stadt und IHK kritisieren Land und fordern Gesetzesänderung“, AZ 13. Juni 2018, „Gesetz nicht umsetzbar – Land ist uneinsichtig/Verein Mainzer Mitte am Neubrunnen vor Aus?“), stößt die Ausgestaltung des Landesgesetzes über lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (LEAPG) hinsichtlich seiner Anwendbarkeit auf Kritik. Obwohl sich nach der Verabschiedung des LEAPG im Juli 2015 in einigen rheinland-pfälzischen Städten entsprechende Initiativen gegründet haben, konnte bisher noch kein LEAP-Projekt umgesetzt werden. Einzelhandel und Kammern fordern eine Gesetzesänderung.

In umliegenden Bundesländern (z. B. dem Saarland und Hessen) gibt es unter dem Namen BIDs jeweils funktionierende gesetzliche Instrumente zur Aufwertung innerstädtischer Quartiere.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Anwendbarkeit des LEAPG vor dem Hintergrund, dass sich bisher trotz mehrerer Versuche in verschiedenen Städten noch kein LEAP-Projekt gründen konnte?
2. Inwieweit und durch welche Maßnahmen ist die Landesregierung bestrebt, die Anwendbarkeit des LEAPG zu verbessern?
3. Inwieweit unterscheiden sich die entsprechenden Gesetze des Saarlandes und von Hessen vom rheinland-pfälzischen LEAPG?
4. Inwieweit hat die Landesregierung auf die bisherige Kritik – an der Ausgestaltung des LEAPG – von verschiedenen Wirtschaftsvertretern (vor allem dem Einzelhandelsverband und der Industrie- und Handelskammern) reagiert?

19. Abgeordnete**Michael Wäschenbach und
Gabriele Wieland (CDU)****Ausbau der Kreisstraße K 89 in der Ortsdurchfahrt Locherhof (Ortsgemeinde Harbach)**

Im Wahlkreis 1 wurde die Zusage des LBM zum Bau der K 89 unerwartet zurückgenommen. Diese Kehrtwende beim LBM führt zu einer großen Verärgerung in der Region und wird als Wortbruch wahrgenommen. Es gab vorbereitende Anliegerversammlungen und der Grunderwerb ist mit den Anliegern geklärt. Die Straße ist fertig geplant und soll 500 000 Euro kosten. Der förderfähige Anteil des Landkreises Altenkirchen hätte bei 200 000 Euro gelegen. Baurecht liegt vor.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum wurden die bisherigen Zusagen zum Ausbau der K 89 gegenüber der Kreisverwaltung, der Verbandsgemeindeverwaltung und der Gemeinde zurückgenommen?
2. Wie ist dieser Vertrauensbruch gegenüber den beteiligten Stellen und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und insbesondere den Anliegern gegenüber zu rechtfertigen?
3. Welche Planungskosten sind bisher entstanden?
4. Wie gedenkt die Landesregierung den geplanten Bau – in Hinblick auf die Abstufung zu einer Gemeindestraße und die damit zusammenhängende Frage der Finanzierung und des Straßenbaulastträgers – zu realisieren?